

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Herausgeber und Chefredakteur:  
Erich Moringhaus, Berlin.  
Telefon: Kurt Debusch 4196/4198



Anschrift für Verlag und Schriftleitung:  
Berlin S B 61, Zelle-Wilhelms-Platz 6  
Telefonanschrift: Copalhaus

Die Herstellung erfolgt im Selbstverlag.

Der Abdruck ist nur auf Grund besonderer Zuweisung gestattet. Abdruckung bedarf 4 Bogen vor dem Druckbeginn, wenn nicht anders bescheidet. Die Abdruckung für beide Seiten ist Zwingen.

Berlin, den 21. Juni 1931

Printed and  
Publ. Geschiedenis  
Amsterdam

Hoovers Vorschlag.

-----  
Und was jetzt?

SPD. Durch das Deutsche Volk geht ein Aufatmen der Erleichterung, denn die Botschaft des Präsidenten Hoover eröffnet ihm Ausblicke, auf die es in den letzten Tagen nicht mehr zu hoffen gewagt hat. Dabei war es sich sicher nicht in allen seinen Teilen des ganzen Ernstes der Situation bewusst, in der sich Deutschland befand. Das Wort von der Katastrophe, vor der wir standen, wurde eigentlich nur im engen Kreise der Eingeweihten gebraucht und man liess es nicht über die Wände der Beratungszimmer hinausdringen, um den Ausbruch einer allgemeinen Panik aus wirtschaftlichen und politischen Gründen solange als möglich zu verhindern.

Diese Katastrophe hätte sich in ihren Folgen nicht auf Deutschland beschränkt. Sie würde Europa und die Welt mit in ihren Strudel hineingerissen haben, und das ist der Grund, aus dem sich der Präsident der Vereinigten Staaten zu seinem rettenden Schritt entschlossen hat. Er spricht es in seiner Proklamation selber aus, und schon vor ihm haben andere beachtenswerte Stimmen in Amerika sich ähnlich vernehmen lassen. Jetzt hat die wirtschaftspolitische Vernunft einen Sieg davongetragen und wir dürfen hoffen, dass die Erkenntnis, zu der sich Hoover unter der nicht hoch genug zu schätzenden Mitwirkung der englischen Arbeiterregierung durchgerungen hat, von den verfassungsmässig zuständigen Stellen der Vereinigten Staaten geteilt und gebilligt wird.

Amerika macht den Vorschlag, die Zahlung aller internationaler Regierungsschulden (Tilgung und Zinsen) auf ein Jahr einzustellen. Das würde bedeuten, dass es selbst für diese Frist seine europäischen Schuldner von ihren Verpflichtungen entbindet, wenn diese auf die deutschen Reparationsleistungen verzichten. Amerika muss sich auf diesen Vorschlag beschränken, denn es kann nicht unmittelbar in das Verhältnis zwischen Deutschland und seinen Gläubigern eingreifen, wenn Hoover auch deutlich genug an der Politik der europäischen Siegerstaaten Kritik übt; aber wir dürfen wohl der Erwartung Ausdruck geben, dass die beteiligten europäischen Regierungen verständlich genug sein werden, dem Vorschlag beizutreten und dass namentlich Frankreich nicht aus Gründen des Prestiges oder weil es, was zum Teil seine eigene Schuld war, bei den letzten Verhandlungen nicht so in den Vordergrund getreten ist wie England und die Vereinigten Staaten, die Notwendigkeiten der Stunde verkennt.

wenn dann alles glatt verläuft, würde Deutschland für das gegenwärtige Haushaltsjahr eine Erleichterung von rund 1.300 Millionen erfahren, da wohlge-merkt nicht nur nach dem Young-Plan geschützte, sondern auch der ungeschützte Teil der Annuitäten gestundet werden soll. Das wäre zunächst eine beträchtliche Entlastung unseres Haushalts und es käme hinzu, dass in dem Feierjahr Musse gegeben wäre, um die Neuordnung des Reparationsproblems international zu erörtern. Dass der Young-Plan, so wie er ist, am 1. Juli 1932 wieder in Funktion treten könnte, wird wohl niemand annehmen.

Aber einstweilen ist die wichtigere Frage, in welcher Weise sich die

Entlastung im Inneren auswirken soll. Darüber wird in der nächsten Zeit viel und eingehend zu sprechen sein und gesprochen werden, und heute sei nur das eine gesagt, dass bei aller selbstverständlichen Rücksicht auf das Gleichgewicht des Haushaltsplanes, bei aller Anerkennung der Notwendigkeit, den Betrag der schwebenden Schulden zu verringern, die Befreiung von dem Druck der Reparationszahlungen auch für den einzelnen Staatsbürger und insbesondere für den, der am meisten Not leidet, unmittelbar fühlbar werden muss. Die letzte Notverordnung ist in der Hauptsache mit den Zahlungsverpflichtungen an das Ausland begründet worden. Kommen diese - wenn auch zunächst nur für ein Jahr - in Fortfall, so ist es unvermeidlich, an eine ernste Nachprüfung der Verordnung und an eine schnellere Beseitigung ihrer Härten heranzugehen.

-----

SPD. Madrid, 21. Juni (Eig. Drahtb.)

Spanien lebt zurzeit wieder in Fieberstimmung. Der Wahlkampf zu den am 28. Juni stattfindenden Wahlen zur Nationalversammlung ist mit aller Schärfe entbrannt. Überall platzen die Gegensätze innerhalb der verschiedenen republikanischen Parteien krass aufeinander. Dabei spielen insbesondere die föderalistischen Bestrebungen der einzelnen Gruppen eine besondere Rolle. So wurde es dem Generalstaatsanwalt und dem Generaldirektor der Lokalverwaltung im Innenministerium in dem galizischen Lugo unmöglich gemacht, ihre Wahlrede zu halten. Die äusserste Rechte beklagt sich darüber, dass ihre Veranstaltungen nicht den genügenden Schutz finden. Tatsächlich reichen die Polizeikräfte zur Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung nicht überall aus. Aber die Beschwerde der Rechtsparteien hat schliesslich nur den Sinn eines Rückzugsmanövers. In vielen Bezirken haben sie unter dem Hinweis auf die schwachen Polizeikräfte und die dadurch gefährdete Ruhe ihre Kandidaten zurückgezogen. In Wirklichkeit aber erfolgte deren Zurückziehung angesichts der ihnen drohenden katastrophalen Niederlage.

Die Versammlungen der Sozialisten sind ausserordentlich stark besucht. Es ist kein Zweifel, dass sie am 28. Juni einen ausserordentlichen Erfolg erringen werden.

-----

SPD. Der Preussische Minister des Innern hat die nachgeordneten Behörden angewiesen, das Flugblatt der Deutschen Friedensgesellschaft "Panzerkreuzer statt Brot" zu verbieten. Die Anweisung erfolgte, weil in dem Flugblatt zahlreiche beleidigende Wendungen gegen die Reichsregierung enthalten sind und nicht wegen des in ihm gezogenen Vergleichs.

-----

SPD. Die Reichsregierung hat der Botschaft des amerikanischen Staatspräsidenten Hoover bereits offiziell zugestimmt. Von England und Italien ist in diesen Tagen ein gleicher Schritt zu erwarten. Frankreich nimmt zunächst noch eine mehr problematische Haltung ein. Aber schliesslich dürfte auch die französische Regierung der Botschaft zustimmen.

Die Reichsregierung hat der überraschenden Botschaft, wie wir von Regierungsseite erfahren, wegen der durch sie ermöglichten Erleichterungen und der Einschaltung Amerikas in die Weltwirtschaftskrise freudig zugestimmt. Ein Jahr des Zahlungsaufschubs sei bereits eine ungeheure Erleichterung. Nichts sei der Reichsregierung durch die Annahme des Vorschlages des amerikanischen Präsidenten verbaut. Die Folge des Vorschlages sei eine ganze Anzahl von Verhandlungen. Einen hervorragenden Anteil an der amerikanischen Proklamation habe vor allem der amerikanische Botschafter in Berlin, aber auch die Reichsregierung habe durch ihre Politik und durch Vorstellungen bei den an dem Reparationsproblem interessierten Staaten an der Aufrollung des Problems mitgewirkt.

Die Frage der Sachleistungen wird in der Erklärung Hoover's weder direkt noch indirekt angeschnitten. Man ist jedoch in Berliner Regierungskreisen der Auffassung, dass diese Frage im Zusammenhang mit den finanziellen Problemen behandelt werden muss.

-----

SPD. Washington, 21. Juni (Eig. Drahtb.)

Der amerikanische Staatspräsident hat den Vertretern der in Washington befindlichen ausländischen Missionen zum internationalen Schulden- und Reparationsproblem eine Erklärung übergeben, in der er einen einjährigen Zahlungsaufschub für alle interalliierten Schulden vorschlägt. Die Erklärung hat folgenden Wortlaut:

"Die amerikanische Regierung schlägt einen einjährigen Aufschub aller Zahlungen auf Schulden der Regierungen, Reparationen und Wiederaufbauschulden vor, und zwar sowohl bezüglich des Kapitals wie der Zinsen, ausgenommen natürlich Schuldenverpflichtungen der Regierungen, die sich in Privathänden befinden. Vorbehaltlich der Zustimmung des Kongresses ist die amerikanische Regierung bereit zu einem Aufschub aller ihr seitens fremder Regierungen geschuldeten Zahlungen während des am 1. Juli 1931 beginnenden Etatsjahres unter der Bedingung, dass die wichtigeren Gläubigerstaaten ebenfalls alle ihnen geschuldeten Zahlungen auf Regierungsschulden für ein Jahr aufschieben. Dieser Schritt ist von folgenden Senatoren bereits gebilligt worden: Ashurst, Bingham, Borah, Byrnes, Capper, Fess, Fleicher, Glass, Harries, Harrison, Bull, King, Morrow, Moses, Reed, Swanson, Vandenberg, Wagner, David Walsh, Thomas Walsh, Watson; ebenso von 18 Mitgliedern des Repräsentantenhauses. Er wurde ferner gebilligt von dem Botschafter Dawes und Owen D. Young.

Zweck dieses Schrittes ist, das kommende Jahr der wirtschaftlichen Erholung der Welt zu widmen und die Kräfte in den Vereinigten Staaten, die bereits am Wiederaufbau arbeiten, von den von aussen kommenden verzögernden Faktoren zu befreien. Die über die ganze Welt verbreitete Depression hat die europäischen Staaten mehr in Mitleidenschaft gezogen als uns. Einige jener Staaten fühlen die Verminderung ihrer wirtschaftlichen Stabilität durch diese Depression in ernstester Masse. Das Gewicht der Regierungsschulden, das in normalen Zeiten tragbar wäre, drückt inmitten dieser Depression schwer auf die Völker.

Aus einer Reihe von Gründen, die aus der Depression resultierten, beispielsweise der Preissturz fremder Waren und das mangelnde Vertrauen in die wirtschaftliche und politische Stabilität im Ausland, begann eine abnorme Zuwanderung von Gold nach den Vereinigten Staaten, wodurch die Kreditfähigkeit vieler fremder Staaten vermindert wurde. Diese und andere Schwierigkeiten im Ausland verringerten die Kaufkraft für unsere Exportwaren und sind daher im gewissen Umfange schuld an unserer fortdauernden Arbeitslosigkeit und den fortdauernd niedrigen Preisen für unsere Farmprodukte. Rechtzeitige Massnahmen sind daher geboten um den Druck dieser ungünstigen Faktoren im Ausland zu lindern, zur Wiederherstellung des Vertrauens beizutragen und dadurch den politischen Frieden und die wirtschaftliche Stabilisierung in der Welt zu fördern. Die Autorität des Präsidenten der Vereinigten Staaten bezüglich der Lösung dieser Probleme ist begrenzt da er hierin vom Kongress unterstützt werden muss. Dem Präsidenten ist von führenden Mitgliedern beider Häuser des Kongresses herzliche Unterstützung zugesichert worden.

Der Kern des Vorschlages ist, den Schuldnern Zeit zur Wiedererlangung ihrer nationalen Prosperität zu geben, und ich richte an die Amerikaner den Rat, in ihrem eigenen Interesse gute Gläubiger und gute Nachbarn zu sein.

Ich möchte diese Gelegenheit dazu benutzen, meine Ansicht über unsere Stellungnahme zu den deutschen Reparationen und den uns von den europäischen alliierten Regierungen geschuldeten Summen offen zu äussern: unsere Regierung hat sich nicht an der Auferlegung der Reparationen beteiligt noch sich irgendwie bezüglich ihrer Festsetzung geäussert. Wir haben mit voller Absicht keinen Anteil gehabt an den allgemeinen Reparationen oder an der Aufteilung von Kolonien oder von Privateigentum. Die Rückzahlung der Anleihen, die wir den Alliierten für den Krieg und für Wiederaufbauzwecke gewährten, wurde auf einer Basis geregelt, die weder mit den deutschen Reparationen irgendwie zusammenhing noch von deren Zahlung abhängig gemacht wurde. Daher ist die Reparationsfrage notwendigerweise ein rein europäisches Problem, mit dem wir nichts zu tun haben. Ich billige nicht im entferntesten die Streichung der uns geschuldeten Summen. Das Weltvertrauen

würde durch einen derartigen Schritt nicht gefördert werden. Keiner unserer Schuldner hat das je vorgeschlagen, aber da die Basis der Fundierung dieser Schulden die Zahlungsfähigkeit des Schuldners unter normalen Verhältnissen war, so führen wir nur konsequent unsere eigenen Prinzipien durch, wenn wir die gegenwärtigen unnormalen Verhältnisse in der Welt in Rechnung ziehen. Ich bin davon überzeugt, dass das amerikanische Volk nicht den Wunsch hat, den Versuch zu machen, vom Schuldner mehr herauszuholen als er zahlen kann, und meiner Ansicht nach verlangt eine weitschauende Politik, dass unsere Regierung die gegenwärtige Situation in ihrer Realität anerkennt. Diese Haltung entspringt vollkommen unserer bisher befolgten Politik. Wir werden dadurch nicht in die Diskussion rein europäischer Probleme, zu denen die Reparationsfrage gehört, hineingezogen, wir wollen lediglich unsere Bereitschaft ausdrücken, zur baldigen Erholung der Weltprosperität, an der unser Volk so stark interessiert ist, unseren Teil beizutragen.

Ich möchte noch hinzufügen, dass wir, obgleich dieser Schritt mit der für nächsten Februar angesetzten Konferenz zur Beschränkung der Landrüstungen nichts zu tun hat, doch die Hoffnung haben, angesichts des starken Einflusses des Wettrüstens auf die gegenwärtige Depression werde unser Schritt zu freundschäftlicheren Beziehungen beitragen, die für die Lösung dieser wichtigen Rüstungsfrage so notwendig sind".

+

+

+

Der Erklärung Hoover's ging ein längeres Brieftelegramm des Reichspräsidenten an den amerikanischen Staatspräsidenten voraus, das am Sonnabend Abend verfasst, dann mit dem amerikanischen Botschafter in Berlin durchgesprochen und in der Nacht zum Sonntag nach Washington übermittelt wurde. In diesem Brieftelegramm wird die Not Deutschlands eingehend geschildert, auf die drohenden Gefahren der gegenwärtigen Lage hingewiesen und schliesslich um Hilfe er- sucht. Dieses Brieftelegramm lag zunächst in zwei Fassungen vor. Es wurde übermittelt auf ausdrücklichen Wunsch der amerikanischen Regierung und abgeschickt, nachdem die Erklärung Hoover's bereits feststand und das Auswärtige Amt in Berlin über seinen Inhalt bereits informiert worden war.

(Die Aktion Hoover's selbst wurde erst in den letzten Tagen der vergangenen Woche vorbereitet. Wie sie wurde, zeigt der Artikel unserer Sonnabend-Ausgabe "Hoover in Aktion").

-----  
SPD. Breslau, 21. Juni (Eig. Drahtb.)

In Breslau wurden drei Nationalsozialisten wegen unbefugten Waffenbesitzes zu drei Monaten Gefängnis verurteilt. Sieben wurden freigesprochen.

Der Prozess bildete das Nachspiel zu dem Ausmarsch von Breslauer Nationalsozialisten nach Schloss Jäschkowitz in der Nähe von Breslau. Damals besetzte Polizei bereits kurz nach dem Ausmarsch das Schloss. Sie fand bei einer Haussuchung zahlreiche Waffen. Der nationalsozialistische Pächter des Schlosses Gutsbesitzer Oelffen erklärte im Verlauf der Verhandlungen, er habe nicht gewusst, dass die nationalsozialistischen Sturmabteilungen Waffen mitbringen würden.

-----

SPD. Der Schienezzeppelin, der am Sonntag Nachmittag um 3,27 Uhr in Bergedorf bei Hamburg seine Fahrt nach Spandau antrat, ist kurz nach 5 Uhr an seinem Ziele angelangt. Die 275 Kilometer lange Strecke wurde in einer Stunde 44 Minuten zurückgelegt. Die Durchschnittsgeschwindigkeit betrug 170 Kilometer, die Höchstgeschwindigkeit 230 Kilometer. Bei der Höchstgeschwindigkeit entwickelte die Maschine 600 PS. Der Brennstoffverbrauch betrug genau 183 Liter, also 70 Liter für 100 Kilometer.

Der Schienezzeppelin wurde überall von Neugierigen erwartet und freudig begrüßt. Auf der mecklenburgischen Strecke waren für den Schienezzeppelin, den "Silbernen Blitz", wie ihn der Volksmund inzwischen getauft hat, die schwierigsten Hindernisse in der Form von zahlreichen Kurven zu überwinden. In den Kurven wurden zwischen 80 und 150 Kilometer gefahren.

Voraussichtlich wird der Schienezzeppelin am Mittwoch oder Donnerstag nach Hannover zurückkehren.

-----

SPD. Wien, 21. Juni (Eig. Drahtb.)

Die sozialdemokratische "Wiener Arbeiterzeitung" sieht in dem Scheitern der Mission Seipels eine wichtige Etappe zur Auflösung der christlich-sozialen Herrschaft in Oesterreich und einen unzweifelhaften Schritt vorwärts zur Schaffung der Voraussetzungen zu einer Regierung unter Einschluss der Sozialdemokratie. Die Zeit der kapitalistischen Alleinherrschaft gehe auch in Oesterreich ihrem Ende entgegen.

-----

SPD. In Regierungskreisen beziffert man die durch die Verwirklichung des Vorschlages von Hoover für Deutschland eintretende finanzielle Erleichterung auf 1,5 Milliarden Mark. Es wird ferner betont, dass die Tätigkeit der englischen Arbeiterregierung, insbesondere die von Macdonald und Henderson wesentlich zu der "Überraschenden und heroischen Botschaft" Hoover's beigetragen habe.

-----